



Nur Wasserdampf entweicht auf diesem Bild aus den Kühltürmen des RWE-Braunkohlekraftwerks Neurath. Allerdings sind Kohlekraftwerke prinzipiell in einem hohen Maß für die Luftverschmutzung verantwortlich.

Foto: dpa

ON 14.07.11
TEIL I

Öko-Gelder für Kohlekraftwerke

Umweltschützer kritisieren Regierungspläne zur Förderung aus Klimafonds

dpa/dapd/mey **Berlin/Es-sen.** Zur Absicherung der Energiewende plant die Bundesregierung eine massive Förderung neuer Gas- und Kohlekraftwerke mit Mitteln, die für umweltschonende Energie gedacht sind. Die Regierung will solche fossilen Kraftwerke aus dem Energie- und Klimafonds fördern, der durch die ab 2013 geplante Versteigerung von CO₂-Zertifikaten gespeist wird. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums bekräftigte gestern entsprechende Angaben seines Hauses. Den neuen Kraftwerken komme eine zentrale Bedeutung zu, um Schwankungen auszugleichen.

In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen schreibt

Wirtschaftsstaatssekretär Jo-chen Homann: „Demnach soll in den Jahren 2013 bis 2016 der erforderliche Neubaubau hocheffizienter, flexibler und CCS-fähiger fossiler Kraftwerke, vorrangig mit Kraft-Wärme-Kopplung, mit fünf Prozent der jährlichen Ausgaben des Energie- und Klimafonds gefördert werden.“ CCS steht für Kohlendioxid-Speicherung im Boden. Laut Haushaltsentwurf sind für den Fonds allein 2013 Ausgaben von gut 3,3 Milliarden Euro vorgesehen – damit würden 2013 bis zu 166,5 Millionen Euro aus diesem Topf für fossile Kraftwerke ausgegeben werden.

Weiter geht aus dem Schreiben Homanns hervor, dass nur Betreiber mit ei-

nem Anteil von weniger als fünf Prozent der deutschen Erzeugungskapazitäten gefördert werden sollten – also nicht die großen Energiekonzerne.

Die Sprecherin des Umweltressorts, Christiane Schwarte, verteidigte die Pläne: „Es ist völlig klar, dass im Zuge der Energiewende der Neubau von Gas- und Kohlekraftwerken nötig ist.“ Gefördert werden sollten die effizientesten Kraftwerke.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber betonte: „Es wäre klimapolitisch schädlich und volkswirtschaftlich teuer, über die derzeit schon im Bau befindlichen elf Gigawatt Kapazität an neuen Kohlekraftwerken

zun mit Zuschüssen weitere Kraftwerksblöcke zu bauen, die dann die knappen Netzressourcen verstopfen.“ Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger bezeichnete die Regierungspläne als „Absurdistan in Reinkultur“. Union und FDP „begehnen damit nach ihrem alten Irrtum Atomkraft nun den neuen Irrtum Kohlekraft“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer.

Der Verband kommunaler Unternehmen erklärte, Investitionszuschüsse für seine Mitglieder seien „ein gutes Instrument, den Kraftwerkspark in Deutschland zu modernisieren, und eine Hilfe, den Wettbewerb zu be-

Der Energiekonzern RWE will vorläufig keine weiteren Neubauten konventioneller Kraftwerke in Auftrag geben, wie der Chef der für den Kraftwerksbau zuständigen Sparte RWE Technology, Matthias Hartung, in Essen sagte. Solche Projekte rechnen sich bei den aktuellen Kohle- und Gaspreisen nicht. RWE erklärte weiter, dass die derzeit im Bau befindlichen Kraftwerksprojekte – die beiden neuen Blöcke im rheinischen Braunkohlekraftwerk Neurath und die neuen Blöcke D und E des Steinkohle-kraftwerks Westfalen in Hamm – ungeachtet der aktuellen Diskussion fertiggestellt würden. Hier sei auch die Rentabilität gesichert.

KOMMENTAR

Nicht so absurd

VON NORBERT MEYER

Auf den ersten Blick ist man geneigt, der Umweltorganisation BUND recht zu geben. Es wäre absurd, wenn der Staat mit Geldern aus einem Fonds, den er zur Förderung des Klimaschutzes errichtet hat, generell den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke subventionieren würde.

Doch beim zweiten Hinsehen ist das Vorhaben der Regierung schon weniger eindeutig zu bewerten. Denn es sind nicht die großen Umweltschutzmutter Nation wie der Kohlestromriese RWE, die von den neuen Staatshilfen profitieren sollen. Es sind vor allem Stadtwerke, die sich – meist zusammen mit anderen – beim Neubaubau fossiler Kraftwerke engagieren.

Diese Art der Staatshilfe kann den Wettbewerb auf dem Energiesektor fördern und zugleich den Ausstieg aus dem Zeitalter der Atomenergie erleichtern. Dabei muss sichergestellt werden, dass für solche Anlagen nur die neuesten Effizienz- und Umweltanforderungen genügen.

Solange erneuerbare Energie die Lücke nicht schließen kann, die das Abschalten der Atommeiler hinterlässt, sind solche vorübergehend widersprüchlichen Maßnahmen der Politik notwendig.

Eine andere Frage ist aber, ob man damit gegen den Markt bestehen kann. Denn warum sollte es für Stadtwerke lohnend sein, in Strom aus Kohle und Gas zu investieren, wenn RWE das klar vermeint?

ON 14.07.11
TEIL II